# Arbeitsblatt: Migrationsgeschichte in Deutschland

*A. Lesen Sie die* ***englische*** *Version des Texts, und beantworten Sie dann die folgenden Fragen:*

1. Wie viele EinwohnerInnen hatte Deutschland im Jahr 2011? Ungefähr [=approximately] wie viel Prozent von ihnen hatte einen Migrationshintergund?

2. 1820 bis 1920 emigrierten etwa [=approximately] 6 Millionen Deutsche. **Wohin** emigrierten die meisten von ihnen?

3. Was war die Arbeitslosenquote [=unemployment rate] in Deutschland 1950? Und 1961?

4. Wann begann die Anwerbung [=recruitment] von ArbeiterInnen aus der Türkei?

5. Wann endete die Anwerbung von ausländischen ArbeiterInnen?

6. Before and after the "Anwerbestopp," many foreign workers brought their families to Germany via ["über"] the **right to family reunification**. How is this term translated in the text?

7. Wann wurde [here: "was"] die doppelte Staatsbürgerschaft [=dual citizenship] eingeführt [=introduced]?

8. Wann erklärte sich Deutschland zum Einwanderungsland [=declared itself a country of immigration]?

9. The term "Migrationshintergrund" is controversial. Wie sagt man auf Deutsch "controversial"?

10. Woher kamen 2013 die meisten EinwanderInnen (755.000 von 1,2 Millionen)?

11. Am Ende lesen wir über "prejudices and stereotypes." Wie sagt man auf Deutsch "prejudices"?

12. Was lesen wir am Ende? a. Die deutsche Wirtschaft profitiert von den EinwanderInnen

b. Die EinwanderInnen sind eine Belastung für die Wirtschaft

*B. Vergleichen [=compare] Sie jetzt die deutsche und die englische Version des Texts, und notieren Sie vier oder fünf deutsche Wörter/Phrasen, die Sie von dem Paralleltext gelernt haben! Schreiben Sie das deutsche Wort/die Phrase und die englische Übersetzung.*

|  |  |
| --- | --- |
| ***Essay: Migrationsgeschichte in Deutschland***  <https://www.domid.org/angebot/aufsaetze/essay-migrationsgeschichte-in-deutschland/>  **Migrationsgeschichte in Deutschland**  Die Beschäftigung mit der historischen Entwicklung unserer Gesellschaft ist aktueller denn je: Im Jahr 2011 lebten 80,3 Millionen EinwohnerInnen in Deutschland. Von ihnen hatten 15,96 Millionen einen Migrationshintergrund. Damit lag der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bei knapp 19 Prozent. Zum Vergleich: 2005 betrug er noch 17,9 Prozent.  Gleichzeitig reichen die Arbeitskräfte in Deutschland nicht mehr aus, um die Nachfrage der Wirtschaft zu decken. Hier zeigen sich Parallelen zur Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders ab Mitte der 1950er Jahre. Doch die Migrationsgeschichte in Deutschland reicht weiter zurück:  **Vom Aus- zum Einwanderungsland**  In Deutschland zwangen fortwährend Kriege, Glaubenskonflikte, Hungersnöte, politische Missstände und soziale Perspektivlosigkeit Menschen ihre Heimat zu verlassen. Die Bevölkerungsverluste für das Land waren enorm. Geschätzte sechs Millionen AuswanderInnen verließen zwischen 1820 bis 1920 Deutschland. Der Großteil wanderte in die USA aus. Erst der wirtschaftliche Erfolg des Deutschen Reiches in Zeiten der Industrialisierung – verstärkt ab 1890 – führte dazu, dass mehr Menschen nach Deutschland einwanderten als Deutsche auswanderten. Ausländische ArbeiterInnen arbeiteten vor allem in den Industriezentren der Kohle- und Stahlindustrie.  **Die Zeit des Nationalsozialismus und die Nachkriegsjahre**  Die Beschäftigung von AusländerInnen war ein sichtbares Zeichen des nationalsozialistischen Unrechtsregimes. Die Lager und die täglich zur Arbeit gehenden AusländerInnen gehörten zum Alltag der einheimischen Bevölkerung. Diese schenkte diesem Umstand keine besondere Aufmerksamkeit. Die in den Nachkriegsjahren zur Schau getragene Gleichgültigkeit gegenüber der Zwangsarbeit versinnbildlicht, wie wenig sie als Verbrechen wahrgenommen wurde.  Die Zeit nach 1945 war ebenfalls geprägt von Menschen in Bewegung. Die erzwungene Mobilität von Menschen unterschiedlicher Herkunft (Flüchtlinge, Heimatvertriebene und sogenannte Displaced Persons), führte in Deutschland zu einer veränderten Struktur der Bevölkerung. Der Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen sorgte für Spannungen und Konflikte mit der ortsansässigen Bevölkerung. Insbesondere die soziokulturellen und konfessionellen Unterschiede der Vertriebenen und Flüchtlinge verursachten Probleme. Erst Ende der 1940er Jahre nahm die Zahl der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen ab. Gleichzeitig wuchs der Bedarf an Arbeitskräften, der bald die Kapazitäten überstieg.  Vor allem in der Landwirtschaft und der Schwerindustrie fehlten Arbeitskräfte.  **GastarbeiterInnen als "Humankapital"**  Der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere übertraf die kühnsten Erwartungen. Wachstumsraten von bis zu 12,1% versetzten das Land in einen kollektiven Taumel. Innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne verringerte sich die Arbeitslosenquote von 11% im Jahre 1950 auf unter 1% im Jahre 1961. Die Bundesregierung griff auf das traditionelle Beschäftigungsmodell der vorübergehenden Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften, um die Engpässe auszugleichen. Die Bundesregierung schloss das erste „Abkommen über Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften“ im Dezember 1955 mit Italien ab. Es folgten weitere Verträge: Griechenland und Spanien (1960), Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968). Sowohl Wirtschaft, Politik als auch die Bevölkerung gingen nur von einer kurzen Verweildauer der "GastarbeiterInnen" aus. Aus dieser Sichtweise heraus wurden keine ernsthaften sozialpolitischen oder infrastrukturellen Konzepte entwickelt, die eine längere Verweildauer berücksichtigten.  Bis 1959 hatte das erste Anwerbeabkommen mit Italien nur geringe Bedeutung. Die Zahl der Angeworbenen blieb relativ niedrig. Erst danach stieg die ausländische Bevölkerung rapide an. Bereits 1964 feierte man die Ankunft des millionsten "Gastarbeiter", des Portugiesen Rodrigues de Sá.  Die AusländerInnen arbeiteten in dieser Zeit vorwiegend als un- oder angelernte ArbeiterInnen, und zwar vor allem in solchen Bereichen in denen Akkord, Schichtsystem und Fließband anzutreffen waren. Sie besetzten Arbeitsplätze, die bei den deutschen ArbeiterInnen als unattraktiv galten. Dies ermöglichte den Aufstieg vieler Deutscher in beliebtere oder qualifizierte Positionen. Sie sorgten so für einen massiven Mobilitätsschub unter der Stammbelegschaft, ohne im gleichen Maße davon zu profitieren. Im Vergleich waren ausländische ArbeiterInnen zwar formal den deutschen ArbeiterInnen gleichgestellt, aber vor allem durch eine fehlende Ausbildung oder die Nichtanerkennung ausländischer Abschlüsse und den mangelnden Sprachkenntnissen auf die unteren Lohngruppen limitiert.  Eine wirtschaftliche Krise 1966/1967 verschärfte die Situation zwischen Deutschen und AusländerInnen. Die wachstumsgewöhnten BundesbürgerInnen empfanden die Nachkriegsrezession als tiefen Einschnitt in das Selbstwertgefühl der stolzen "Wirtschaftswunderrepublik". Die entstandene Unsicherheit führte in der Arbeitsmarktpolitik bundesweit zu kritischen Diskussionen über den Sinn der AusländerInnenbeschäftigung.  **Der Anwerbestopp 1973 und seine Folgen**  Der "Anwerbestopp" vom 23. November 1973 markierte das Ende der AusländerInnenanwerbung. Die weitere Zunahme der Zahl von GastarbeiterInnen aus Ländern, die nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gehörten, wurde damit ganz abgeschnitten. Vorgeschobenes Argument  war der "Ölpreisschock". Tatsächlich war dies nicht mehr als ein verstärkendes Moment und ein günstiger Anlass, die Zahl der AusländerInnen zu senken. Doch der Wunsch, dass sich die "GastarbeiterInnenfrage" durch eine verstärkte Heimkehr von selbst lösen würde, war inzwischen irreal. Aus Furcht nicht mehr nach Deutschland zurückkehren zu können, verließen viele das Land nicht mehr. Ein als kurzfristig angesehene Aufenthalt der "GastarbeiterInnen" wandelte sich zum Daueraufenthalt. Über den Familiennachzug holten viele ihre Verwandten in die Bundesrepublik nach.  **Die 1980er und 1990er Jahre**  Nachdem die Zuwanderung in den 1980er Jahren insgesamt gering war, stiegen die Zahlen zu Beginn der 1990er wieder an. Sie übertrafen zeitweise die höchsten Raten der GastarbeiterInneneinwanderung. Den Hintergrund bildeten der Kollaps der Sowjetunion, Kriege auf dem Balkan und die Menschenrechtssituation in den kurdischen Gebieten der Türkei. Hinzu traten steigende Zahlen von AsylbewerberInnen und AussiedlerInnen. Im Zuge der Wiedervereinigung wuchsen ausländerfeindliche Ressentiments, die in gewaltsamen Ausschreitungen (Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen und anderswo) eskalierten. Mit dem Rückgang der Zuwanderung ab Mitte der 1990er sank auch die offene Gewalt gegen ausländische MitbürgerInnen.  Ein Grund für die sinkenden Zahlen war der sogenannte "Asylkompromiss" der 1993 in Kraft trat. Seitdem haben AsylbewerberInnen, die aus "verfolgungsfreien" Ländern stammen oder über sogenannte "sichere Drittstaaten" einreisen keine Chance mehr anerkannt zu werden. Da Deutschland lückenlos von "sicheren Drittstaaten" umgeben ist, haben Asyl suchende Flüchtlinge keine Möglichkeit mehr legal auf Landweg einzureisen.  **2000: Vom Vererbungs- zum Territorialprinzip**  Im Jahr 2000 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt. Sie ermöglicht Kindern von in Deutschland lebenden AusländerInnen zusätzlich den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft. Dahinter steckte ein gewandeltes Verständnis der Staatsbürgerschaft. Diese kann seitdem nicht mehr nur allein durch Vererbung (ius sanguinis), sondern auch die Geburt in Deutschland (ius soli) erworben werden. Kinder von "Nicht EU-Bürgern" oder Staaten mit denen keine gesonderten Abkommen bestehen, müssen sich allerdings nach ihrer Volljährigkeit für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden.  **Entwicklung im neuen Millennium**  **Der rechtliche Rahmen**  2005 trat das neue Zuwanderungsgesetz (Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern) in Kraft. Damit erklärte sich Deutschland faktisch zum Einwanderungsland. „Integration“ wurde als gesetzliche Aufgabe festgelegt. Das Gesetz sollte die bestehenden Verfahren vereinfachen: Aus vielen verschiedenen Aufenthaltstiteln, die selbst ExpertInnen  als kompliziert bezeichneten, wurden zwei: die befristete „Aufenthaltserlaubnis“ und die unbefristete „Niederlassungserlaubnis“. Zudem sollte das Gesetz die entsprechenden Verfahren vereinfachen. Es gab außerdem zum ersten Mal gesetzlich festgelegte Sprachkurse.  Im Juli 2006 fand der erste sogenannte Integrationsgipfel statt. Daran nahmen die Bundeskanzlerin, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Medien, Gewerkschaften, Sportverbände, Arbeitgeber, Wohlfahrtsstiftungen und MigrantInnen teil. Ein Auslöser hierfür waren die Ergebnisse der PISA Studie. Diese besagte, dass der Erfolg im Bildungssystem mit der Herkunft und familiären Bildungshintergrund verbunden ist. Der Integrationsgipfel führte zur Entwicklung des Nationalen Integrationsplans. Hierbei lag der Fokus unter anderem darauf einen Dialog mit MuslimInnen herzustellen. Daraufhin gab es – ebenfalls 2006 –den ersten sogenannten Islamgipfel, an dem die Bundesregierung, islamische Verbände und Einzelpersonen teilnahmen.  Der zuvor genannte Nationale Integrationsplan wurde 2007 umgesetzt. Im selben Jahr wurde zudem das Zuwanderungsgesetz aufgrund von EU-Richtlinien geändert und ein dritter Aufenthaltstitel eingeführt, die „Erlaubnis zum Daueraufhalt-EG“. Seitdem können bislang lediglich „Gelduldete“ eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung bekommen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Zudem gab es Änderungen zum Nachzug von EhepartnerInnen. Diese mussten volljährig sein und einfache Deutschkenntnisse nachweisen können.  Seit dem 1. September 2008 gibt es einen Einbürgerungstest. Um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, müssen 17 von 33 Fragen richtig beantwortet werden. Der Test soll eine Hilfe zur Integration sein, indem er eine Auseinandersetzung mit der deutschen Sprache, Geschichte, Gesetzen, Gesellschaft und Kultur erzwingt. Zudem wurde ein höheres Sprachniveau als zuvor gefordert.  **Zahlen und Struktur der Einwanderung**  In den vergangen Jahren stieg der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. 2013 waren es ca. 16,5 Millionen Menschen, also 20,5% der Gesamtbevölkerung. 2011 lag diese noch bei 19,5%, wobei in Großstädten 46% der Kinder einen Migrationshintergrund hatten. 2005 waren es 15,3 Millionen Menschen, was 19% der Bevölkerung entspricht. Der Begriff „Migrationshintergrund“ ist umstritten. Das Statistische Bundesamt definiert Personen mit Migrationshintergrund als Personen, „die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“ Der Begriff wird seit 2005 verwendet. Jenseits dieser offiziellen Definition steht die Frage, wie sich eine Person empfindet, d.h. die Selbstwahrnehmung derjenigen, die statistisch unter diese Definition fallen. Im Jahr 2013 kamen 1,2 Millionen Menschen nach Deutschland. Zugleich gab es 797.000 Fortzüge. Hierdurch ergab sich ein Wanderungsplus von 403.000 Menschen. Dies war der höchste Wanderungsplus seit 1993. Von den 1,2 Millionen Zuzügen kamen 755.000, also 62%, aus dem EU-Raum. Das häufigste Herkunftsland war Polen.  2012 wurde die Blue Card ins Leben gerufen. Sie sollte es hoch qualifizierten Fachkräften von außerhalb der EU erleichtern, eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis in der EU zu erlangen. Sie wird unter anderem wegen der hohen Lohnuntergrenze (66.000 Euro Jahresgehalt) kritisiert.  Ein weiterer Trend ist die Einwanderung von sogenannten High Potentials aus Südeuropa. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, besonderes bei jüngeren Leuten, kommen vermehrt qualifizierte Fachkräfte nach Deutschland. Im Jahr 2011 stieg beispielweise die Zahl der griechischen ZuwanderInnen um 78% und die Zahl der SpanierInnen und PortugiesInnen um mehr als 50%. Von diesen ZuwanderInnen haben 50% – 70% einen Hochschulabschluss.  Deutschland ist zudem ein beliebtes Land zum Studieren. Insgesamt gibt es in Deutschland 86.000 StudentInnen, die außerhalb von Deutschland ihre Hochschulreife erhalten haben.  Auch die Zahl der Asylantragstellenden stieg in den letzen Jahren rasant an. Zwischen 2012 und 2013 gab es einen Anstieg von 70%. Insgesamt wurden im Jahr 2013 in Deutschland 109.580 Asylerstanträge gestellt. Zwischen 2013 und 2014 stieg die Zahl nochmal um 60%. Von den Asylantragstellenden kamen 2014 23% aus Syrien, 10% aus Serbien und 8% aus Eritrea Im Januar 2015 stammten 24,6% der AntragstellerInnen aus Syrien, 14% aus dem Kosovo und 9.4% aus Serbien. Im Vergleich zu anderen Ländern wie dem Libanon oder der Türkei bietet Deutschland sehr wenigen Menschen Asyl an. Zudem sind die Städte und Kommunen oft nicht auf den Ankunft von Flüchtlingen vorbereitet. Die temporären Unterkünfte sind überfüllt und werden zu semi-permanenten Lösungen.  **Vorurteile und Stereotypen**  Deutschland ist zwar de facto ein Einwanderungsland, aber versteht sich noch nicht als Einwanderungsgesellschaft. Es herrschen noch immer Vorurteile und Stereotypen, die negative Auswirkungen auf das Zusammenleben in der Gesellschaft haben.  Ein Vorurteil besagt beispielsweise, dass Menschen nach Deutschland kommen, um das Sozialsystem auszubeuten. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Deutschland profitiert von den ZuwanderInnen. Sie kurbeln die Wirtschaft an, zahlen in die Sozialkassen ein und tragen dazu bei, den Fachkräftemangel abzumildern. | ***Essay: Migration History in Germany***  <https://www.domid.org/en/service/essays/essay-migration-history-in-germany/>  **Migration History in Germany**  There has never been a more opportune time to reinvestigate the historical development of our society. In 2011, Germany had 80.3 million residents. Of those residents, 15.96 million - almost 19% of the entire population – had a migration background.\* In 2005, in comparison, 17.9% of the population had a migration background.  *\*According to the German Federal Statistics Office: All individuals who have immigrated to the Federal Republic of Germany since 1949, all foreign citizens born in Germany, and all children born as German citizens to at least one parent who immigrated or was born in Germany as a foreign citizen are considered to have a migration background.*  At the same time, Germany's workforce no longer meets the labor demands of today's economy. There are some important parallels to be drawn between the current situation and the era of the so-called economic miracle, which began in the mid-1950s. However, the history of migration in Germany reaches back further than that.  **From a Land of Emigration to a Land of Immigration**  Incessant wars, religious conflicts, famines, political grievances and a lack of prospects forced many people to leave Germany over the centuries. The land's relative population loss was enormous. An estimated six million emigrants left Germany between 1820 and 1920. A large portion immigrated to the USA. The tide of emigration only began to ebb, beginning in 1890, as the industrial era brought economic success to the German Empire. From that point on, the number of individuals immigrating to Germany surpassed the number of Germans who left. Foreign laborers found employment, above all, in the booming centers of the coal and steel industries.  **The National Socialist Dictatorship and the Post-War Years**  The forced employment of foreigners was one visible sign of the national-socialists' regime of injustice. The camps and the daily sight of forced laborers were simply part of everyday life for the local population. They paid little attention to the situation. The callous indifference displayed in the post-war years toward the issue of forced labor reflects how little it was considered a misdeed.  The years after 1945 were shaped by people in motion as well. The forced mobility of diverse groups of people (refugees, people expelled from their homes through territorial exchange and other so-called displaced persons) altered the structure of the German population. Tensions and conflicts with local residents arose with the influx of refugees and expellees. Socio-cultural and confessional differences, in particular, gave rise to disputes. The number of refugees and expellees only first began to decline at the end of the 1940s. Simultaneously, the growing demand for labor soon outstripped the capacity of the labor force.  The labor shortage was particularly acute in the fields of agriculture and heavy industry.  **"Guest Workers" as "Human Capital"**  The economic recovery and subsequent boom in West Germany exceeded even the boldest forecasts. Economic growth rates of up to 12.1% left the land reeling. The unemployment rate shrank dramatically over a relatively short time span, from 11% in 1950 to less than 1% in 1961. In order to offset labor shortages, the federal government turned to a traditional model of recruiting and temporarily employing foreign workers. The first "Agreement on the Recruitment and Placement of Workers" ("Abkommen über Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften") was negotiated with Italy in 1955. Further contracts soon followed: with Greece and Spain (1960), Turkey (1961), Morocco (1963), Portugal (1964), Tunisia (1965) and Yugoslavia (1968). Economic and political actors, as well as the general population, assumed that the "guest workers" would not stay long. Based on that assumption, they did not think it necessary to develop any socio-political or infrastructural concepts to account for longer term residence.  Initially, the recruitment agreement with Italy had little impact, and the number of recruited workers remained relatively low. However, after 1959, the foreign population in Germany rapidly increased. Just a few years later, in 1964, the arrival of the millionth "guest worker," Rodrigues de Sá of Portugal, was celebrated.  During this era, foreign workers were employed primarily as unskilled and semi-skilled laborers in sectors were piece work, shift work and assembly line positions could be found. They took on jobs that German laborers considered unattractive. This made it possible for many West Germans to move up into more favorable or more qualified positions. In this way, foreign workers massively boosted upward mobility among the core workforce, without enjoying the same level of benefit. Although foreign workers were formally considered equal to their German counterparts, lack of training, non-recognition of foreign certifications and language deficits limited the "guest workers" to the lowest wage categories.  The economic crisis of 1966-7 exacerbated the tensions over the recruitment of foreign laborers. West Germans had become accustomed to steady growth through the post-war years. This first post-war recession was a hard blow to the ego of the proud "Republic of the Economic Miracle."  In the area of labor market policy, this recession-induced insecurity led to heated and critical debates about the sense in employing foreign workers.  **The 1973 Recruitment Ban and its Consequences**  The recruitment ban (Anwerbestopp), set forth in a directive on November 23, 1973, marked the end of the era of foreign labor recruitment to West Germany. The ban completely blocked the entry of "guest workers" from lands which were not members of the European Economic Community (EEC). Those seeking to legitimate the decision pointed to the "price shocks" that accompanied the 1973 oil crisis. But in truth, the oil crisis simply proved to be a convenient moment to attempt to shrink the foreign population. However, the hope that the "guest worker issue" would resolve itself, through voluntary return, proved to be very unrealistic. Fearing they would not be able to return to work in Germany, many foreign laborers chose not to leave the country at all. This necessary change in the plans on the part of many "guest workers" transformed their anticipated short-term stay into permanent residence. Through the right to family reunification, many foreign laborers arranged the subsequent immigration of their family members to Germany.  **The 1980s and 1990s**  While immigration figures remained modest through the 1980s, the numbers rapidly grew again in the early 1990s. At times, they even surpassed the highest rates from the "guest worker" era. The vast geo-political changes of that era led to rising number of migrants, asylum seekers and ethnic Germans returning from former German settlements in Eastern Europe. In particular, the collapse of the Soviet Union, the wars in former Yugoslavia and the human rights crisis in the Kurdish region of Turkey spurred the influx. Simultaneously, xenophobic resentments grew over the course of German reunification. This rising wave of racism and xenophobia culminated in a string of incidences of mob violence (in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen and elsewhere). As immigration rates began to decline again in the mid-1990s, incidences of brazen violence against residents with migration backgrounds also diminished.  One central reason for the shrinking numbers from the mid-1990s is the so-called "Asylum Compromise." Since its implementation in 1993, individuals who have fled lands deemed by the German government to be "free of persecution" and all those who have traveled through "safe third-states" on their way no longer qualify for asylum in Germany. Because it only shares its borders with "safe third-states," it has therefore become impossible for refugees to legally enter Germany overland.  **2000: From Heredity to a Territorially Based Right to Citizenship**  In the year 2000, dual citizenship became possible in Germany. This change enables children born in Germany to foreign-born permanent residents to hold a German passport as well. This is no small policy shift: it signifies a fundamental transformation of the understanding of German citizenship. Whereas the right to the German nationality was previously only available through hereditary links (ius sanguinis), it is now available to individuals born on German territory (ius soli) too. However, only the children of EU-citizens or parents from states with special agreements with Germany may keep their dual citizenship long-term. All others must choose one of their nationalities upon reaching legal adulthood.  **Developments in the new Millennium**  **The legal frame**  In 2005 the new immigration law (Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern) came into effect. With this Germany declared itself as a country of immigration. Integration was defined as a legal duty. The law aimed to simplify the current procedure: many different residence titles for specific purposes, which even experts  described as being complicated were simplified into two: the temporary residence permit (befristete“Aufenthaltserlaubnis”) and the permanent settlement permit (unbefristete “Niederlassungserlaubnis”). Furthermore, the law aimed to simplify the corresponding processes. Moreover, it was the first time that language courses became a legal requirement.  The first Integration Summit took place in 2006. The Federal Chancellor, religious representatives and communities, media, unions, sport associations, employers, charitable organisations and migrants took part. The trigger was the results from the PISA study which said that success in the educational system is linked to the origin and the educational background of one’s family. The Integration Summit led to the development of the national integration plan. Here the focus was on creating a dialog with Muslims. As a result there was the first so-called Islam Summit which also took place in 2006. The Government, Muslim associations and individuals participated.  The aforementioned national integration plan was implemented in 2007. In the same year amendments were made to the immigration law because of EU guidelines. A third residence title was introduced: the permission for permanent residence (“Erlaubnis zum Daueraufhalt-EG”). Since then those people that had been tolerated (“Geduldete”) could receive a permanent residence permit, if they fulfilled certain criteria. There were also changes made to the conditions for spouses to follow their partners. The spouses must be of age and be able to prove basic German language skills.  A naturalisation test was introduced on the 1st September 2008. In order to receive German citizenship 17 out of 33 questions must be answered correctly. The test aims to aid integration because it forces the person to occupy themselves with the German language, history, laws, society and culture. Furthermore, a high language level than before is required.  **Figures and Structure of Immigration**  In the past years the number of people with a migration background has risen. In 2013 there were roughly 16.5 million people, so 20.5% of the population who had a migration background. In 2011 this was 19.5%, whilst in cities 46% of children had a migration background. In 2005 it was 15.3 million people which was 19% of the population. The term “migration background” is disputed. The Statistical Federal Office defines people with a migration background as people “who moved to the present territory of the Federal Republic of Germany after 1949, all foreigners born in Germany and all people born in Germany with German nationality who have at least one parent who immigrated to Germany or is a foreigner who was born in Germany”. The term has been used since 2005. Away from the official definition the question arises of how the person feels; what is the self-perception of the people who fall under this definition?  In 2013 1.2 million people came to Germany. Simultaneously 797,000 people left Germany. This resulted in a plus of 403,000 people. This was the highest plus  since 1993. Of the 1.2 million immigrants 755,000 (62%) came from within the EU. The largest country of origin was Poland.  The Blue Card was introduced in 2012. The aim was to simplify the process of receiving a work and residence permit within the EU for highly qualified professionals from outside of the EU. Among other reasons the Blue Card is criticised for having a high minimum wage requirement (66,000 Euros per annum).  A further immigration trend is high potentials coming to Germany from the south of Europe. Due to high unemployment, especially amongst younger people, more and more qualified professionals are coming to Germany. For example in 2011 the number of Greek immigrants rose by 78% and the number of Spanish and Portuguese immigrants by over 50%. Of these immigrants 50-70% have a degree.  Furthermore, Germany is a popular country for studying. In total there are 86,000 students in Germany who have earned their higher education entrance qualification outside of Germany.  The number of asylum applicants has also risen steeply in the last years. Between 2012 and 2013 there was a 70% increase. In total there were 109,580 applications in 2013. Between 2013 and 2014 the figure increased by a further 60%. In 2014 23% of the applicants came from Syria, 10% from Serbia and 8% from Eritrea. In January 2015 24.6% applicants came from Syria, 14% from Kosovo and 9.4% from Serbia. In comparison to other countries such as Lebanon or Turkey Germany offers very few people asylum. Moreover, the cities and communities are often not prepared for the arrival of refugees. The temporary accommodations are overcrowded and turn into semi-permanent solutions.  **Prejudices and Stereotypes**  De facto Germany is a country of immigration; however, it is not a society of immigration. There are still many prejudices and stereotypes that have a negative impact on living together in society.  One example of a prejudice is that people come to Germany to exploit the welfare system. However the facts paint a different picture: Germany profits from the immigrants. They boost the economy, contribute towards the welfare system and help reduce the lack of professionals. |